



Niederschrift

13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 24.11.2009
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam, Humboldt-Gymnasium

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Herr Wollenberg, Stefan	DIE LINKE	
Herr Klamke, Volker	SPD	
Frau Dr. Orłowski, Manja	SPD	Leitung der Sitzung
Herr Dünn, Hans-Wilhelm	CDU/ANW	Teilnahme für Herrn Schröder
Herr Ziebarth, Hans-Joachim	CDU/ANW	
Herr Menzel, Andreas	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Gohlke, Dieter	FDP/Familienpartei	
Frau Beyer, Kerstin	Behindertenbeirat	
Frau Bittrich, Sabine	Migrantenbeirat	
Herr Engels, Florian	SPD	
Herr Hübner, Frank	Familien-Partei	Teilnahme bis 19:15 Uhr
Herr Ofcsarik, Karl	SPD	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE	

Nicht anwesend sind:

Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	Entschuldigt
Herr Prinz-Schubert, Frank	Die Andere	Entschuldigt
Herr Stolpe, Sven	DIE LINKE	Unentschuldigt

Frau Wildgrube, Gudrun Schriftführerin

Gäste

Dr. Magdowski, Iris Jana	Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport
Frau Ewers, Josefine	FBL Schule und Sport
Herr Richter, Bernd	KIS zu TOP 3
Herr Bogel-Meyhöfer	Staatliches Schulamt
Frau Dr. Herzel, Gabriele	DIE LINKE
Frau Dr. Gnad, Carola	Schulleiterin Humboldt-Gymnasium
Herr Müller, Uwe	Vors. Schulkonferenz Humboldt-Gymnasium
Beetz, Hannah	Schülerin Humboldt-Gymnasium
Remde, Hanna	Schülerin Humboldt-Gymnasium
Matthiesen, Lars	Schüler Humboldt-Gymnasium
Frau Matthiesen, Barbara	Schulelternsprecherin Humboldt-Gymnasium
Herr Dallorso, Stefan	Humboldt-Gymnasium
Herr Katschka, Claus	Humboldt-Gymnasium
Herr Dr. Rauchfuß, Dieter	Schulleiter Helmholtz-Gymnasium
Frau Rheinheimer, Vivian	Helmholtz-Gymnasium
Herr Ullrich, Gunter	Helmholtz-Gymnasium
Frau Focke, Christina	Elternvertreter Helmholtz-Gymnasium

Herr Möller, Klaus-Peter	Elternvertreter Helmholtz-Gymnasium
Dr. Schirmer, Lutz	Elternvertreter Humboldt-Gymnasium
Frau Hartung, Meike	Elternvertreter Helmholtz-Gymnasium
Frau Grumy, Christiane	Elternvertreter Helmholtz-Gymnasium
Herr Witza, Holger	Elternvertreter Helmholtz-Gymnasium
Herr Schanzenbach, Dirk	Helmholtz-Gymnasium
Frau Dückers, Ursula	Helmholtz-Gymnasium
Herr Dückers, Wilhelm	Helmholtz-Gymnasium
Frau Dr. Voigtländer, Roswitha	Leiterin Volkshochschule
Herr Wartenberg, Claus	Ortsvorsteher Fahrland
Frau Frevert, Angela	Kreisschulbeirat
Herr Kobler, Markus	Kreiselternrat
Herr Brunzlow, Jan	PNN
Herr Hildebrandt, Karl	MAZ

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung durch die Schulleiterin des Humboldt-Gymnasiums
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.10.2009 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Information zum Stand des ÖPP-Projektes Campus Kurfürstenstraße und Humboldt-Gymnasium
- 4 Humboldt-Gymnasium
Gewährung von Ganztagsmitteln für einen Ersatzbau - Antrag der Schulkonferenz vom 13.10.2009
- 5 Bericht zum Beginn des Schuljahres 2009/2010 durch das Staatliche Schulamt
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 6.1 Mehr kommunale Verantwortung für Bildung
mit Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion SPD
Vorlage: 09/SVV/0137
Fraktion DIE LINKE
 - 6.2 Bildungsbericht
Vorlage: 09/SVV/0715
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 6.3 Abschlussbericht zum Monitoring Schulesen
Mitteilungsvorlage: 09/SVV/0995
FB Schule und Sport
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1 Information über die Fachtagung "Familienfreundliches Potsdam" am 03.11.2009
- 8 Sonstiges

- 8.1 Trainingsmöglichkeiten Potsdamer Kickers 94 e. V.
Brief des Entwicklungsträgers Bornstedter Feld von 15.10.2009
- 8.2 Konzept Minifußballfelder unter Berücksichtigung der Ortsbeiratsbeschlüsse
09/SVV/0840

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Begrüßung durch die Schulleiterin des Humboldt-Gymnasiums**

Frau Dr. Gnadt, Schulleiterin des Humboldtgymnasiums, begrüßt die Anwesenden in ihrer Schule.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.10.2009 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Dr. Orłowski leitet die heutige Sitzung. Sie stellt fristgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Sie bittet darum, die Tagesordnung um TOP 8.2 „Konzept der Minifußballfelder unter Berücksichtigung der Ortsbeiratsbeschlüsse (bzgl. DS 09/SVV/0840) zu erweitern.

Die Ausschussmitglieder stimmen der erweiterten Tagesordnung zu.

Frau Dr. Orłowski informiert, dass Anträge auf Rederecht vorliegen. Zu TOP 3 für Herrn Dr. Rauchfuß, Schulleiter des Helmholtz-Gymnasiums und Herrn Witza, Elternsprecher des Helmholtz-Gymnasiums und Frau Dr. Gnadt, Schulleiterin des Humboldt-Gymnasiums. Zu TOP 4 für Herrn Müller, Vorsitzender der Schulkonferenz des Humboldt-Gymnasiums.

Die Ausschussmitglieder stimmen den Anträgen auf Rederecht zu.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, dass die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport am 15.12.2009 entfällt. Die nächste planmäßige Sitzung wird am 26.01.2010 sein.

Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift der 12. Sitzung.

Frau Orłowski informiert, dass sich die Arbeitsgruppe „Neubau der Grundschule mit Hort im Bornstedter Feld“ darauf verständigt habe, die nächste Berichterstattung in den Ausschüssen Bildung und Sport, Jugendhilfeausschuss und Bauausschuss im Februar 2010 vorzusehen.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt dem öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung am 27.10.2009 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3

Information zum Stand des ÖPP-Projektes Campus Kurfürstenstraße und Humboldt-Gymnasium

Herr Dr. Rauchfuß erklärt, dass das Helmholtz-Gymnasium von allen Gymnasien der Stadt die schlechteste Raumausstattung und die schlechteste Freiflächenbilanz habe. Man habe 2006 im Workshop zum Campus Kurfürstenstraße eine Lösung gefunden und harre nun darauf, dass diese umgesetzt werde. Mit dem Hinweis auf PPP sei die Schule aus sämtlichen Investitionsvorhaben herausgenommen worden. Nach 6 Jahren müsse im Interesse der Schüler etwas geschehen.

Herr Witza ergänzt die Ausführungen. Die Eltern verstehen nicht, dass bis heute kein beauftragtes Gutachten da sei. Er verweist anhand von Beispielen auf einige Missstände und bittet darum, fraktionsübergreifend und konstruktiv an einer schnellen Lösung zu arbeiten.

Frau Dr. Gnadt führt aus, dass man dafür Sorge tragen müsse, dass es den Kindern an der Schule gut gehe. Vieles treffe auch für das Humboldt-Gymnasium zu. Wenn bundesweit über mehr Geld für Bildung geredet werde, bittet sie um Auskunft für ihre Schule. Sie spricht u.a. die schlechten Lernbedingungen in der Baracke und das Außengelände an. Der Presse habe man entnommen, dass ein Teil des Sportplatzes verkauft werden solle. Sie bittet um Klärung und zeitnahe Entscheidungen, um zu wissen, wie es weitergehen solle.

Herr Richter informiert, dass durch den KIS 2008 die notwendigen Beratungsleistungen in einem europaweiten Verfahren ausgeschrieben wurden. Die Auswahl des Beraterteams erfolgte im Dezember 2008. Die Bestätigung durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgte im November 2009. Derzeit werden die Kick-Off-Veranstaltungen an den betreffenden Schulen vorbereitet, die im Dezember sein sollen. Es seien zwei Projekte zu unterscheiden. Einerseits „Campus Kurfürstenstraße“ für das Helmholtz-Gymnasium und die Eisenhart-Schule und andererseits energetische und Brandschutzsanierung an Schulen. Das zweite Projekt betreffe die Goethe-Schule, das Humboldt-Gymnasium, das Einstein-Gymnasium und eventuell als Nachrücker die Käthe-Kollwitz-Oberschule. In den folgenden drei Monaten werde eine Wirtschaftlichkeitsanalyse erarbeitet. In Abhängigkeit vom Ergebnis und der erforderlichen Beschlussfassung in der SVV, sowie Vorgehen der Kommunalaufsicht, erfolgt anschließend die Vorbereitung und Durchführung einer europaweiten Ausschreibung der Bau-, Finanzierungs- und Bewirtschaftungsleistungen. Die anschließende Auftragsvergabe steht unter dem Vorbehalt der kommunalrechtlichen Genehmigung. Nach derzeitigem Kenntnisstand sei davon auszugehen, dass Anfang 2011 mit der Projektrealisierung begonnen werden könne. Für das Humboldt-Gymnasium sei auch ein Ersatzneubau für die Baracke und die Entwicklung der Sport- und Außenanlagen vorgesehen.

Herr Klamke fragt, ob private Partner zur Verfügung stünden.

Herr Richter erklärt, dass die SVV den Auftrag erteilt habe, beide Projekte zu prüfen, nämlich Eigenrealisierung durch Kreditaufnahme des KIS und PPP. Er könne das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsanalyse nicht vorwegnehmen. Was die Refinanzierung betreffe, habe der KIS in der mittelfristigen Planung im Haushalt für 2012 und 2013 Mittel vorgesehen.

Frau Dr. Orlowski stellt fest, dass es sich positiv anhöre, es scheine jedoch bisher nicht mit den Schulen und Eltern gesprochen worden zu sein.

Herr Richter erläutert, dass das Projekt aus der Zusammenarbeit mit den Schu-

len lebe und man davon ausgehen könne, dass man mit den Nutzern hinsichtlich des Nutzerbedarfes zusammenarbeite.

Herr Menzel fragt, ob auch die Leistungen für die anderen Schulen kommen werden.

Herr Richter informiert über den kürzlich stattgefundenen Workshop Prioritätensetzung Investitionen, an dem die Mitglieder des Bildungsausschusses teilnehmen. Ziel dieses Workshops werde sein, eine Lösung zu finden.

Herr Gohlke bittet um Auskunft zum Außengelände des Humboldt-Gymnasiums.

Herr Engels möchte wissen, ob PPP oder Eigenfinanzierung zeitliche Konsequenzen auf Beginn und Abschluss der Arbeiten hätten.

Herr Klamke fragt nach einem konkreten Plan für die Baracke.

Herr Richter erklärt, dass PPP von der Kreativität der privaten Partner abhängen. Es werde eine klare Aufgabenstellung vorgegeben, die als Grundlage für die Erarbeitung von Vorschlägen diene. Zu Inhalt und Ablauf der Projekte könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts sagen.

Es schließen sich weitere Fragen der Ausschussmitglieder an.

Herr Richter bittet darum, die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung abzuwarten.

Frau Dr. Orłowski bittet festzuhalten, dass im März 2010 das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsanalyse vorliegen werde und in der Sitzung der SVV im April 2010 eine Beschlussvorlage eingebracht werde.

zu 4

Humboldt-Gymnasium

Gewährung von Ganztagsmitteln für einen Ersatzbau - Antrag der Schulkonferenz vom 13.10.2009

Herr Müller bietet der Schule eine Lösung für den Erweiterungsbau des Humboldt-Gymnasiums an, die an alle Fraktionen ausgereicht wurde. In der Hoffnung Interesse geweckt zu haben, bittet er um Unterstützung einer Lösung für die Schule. 2010 stehen der Schule 300 TEuro laut Investplan zur Verfügung. Er fragt an, ob diese als Eigenmittel zur Kofinanzierung des Neubaus eingesetzt werden könnten. Wenn vor 2010 nicht gebaut werde, sei das für die Eltern zu spät, da ihre Kinder dann die Schule verlassen hätten.

Frau Dr. Orłowski verweist darauf, dass es ursprünglich um den Antrag auf Gewährung von Ganztagsmitteln für die Unterstützung des Erweiterungsbaus ging.

Frau Dr. Magdowski informiert, dass sie den Antrag an das Ministerium unterstützt habe. Inzwischen liege ein abschlägiges Schreiben des Ministeriums vom 13.11.2009 vor, aus dem sie zitiert. Sie spricht sich dafür aus, mehr Transparenz bei der Prioritätensetzung für alle Schulen zu schaffen. Aus diesem Grund habe es einen Workshop zur Prioritätensetzung bei Investitionen gegeben, an dem die Ausschussmitglieder mitwirken. Danach müsse die Stadt erst die Projekte durchführen, für die es eine öffentliche Förderung gebe. Deshalb müsse man PPP forcieren.

Frau Dr. Orłowski erklärt, dass Herr Richter gesagt habe, der Ersatzbau sei in PPP enthalten. Den Eltern sei die Zeitschiene zu lang. Sie sehe keine Möglich-

keit, die 300 TEuro des Humboldt-Gymnasiums zu nutzen. Dafür gebe es keine rechtliche Grundlage. Sie bittet darum, die Vorlage für die SVV abzuwarten.

Frau Drohla fragt, in welcher Weise bei den Planungsarbeiten auf Zuarbeiten von ortsansässigen Architekturbüros zurückgegriffen werde.

Frau Dr. Magdowski verweist auf das komplizierte Ausschreibungsverfahren, welches die Stadt durchführen müsse.

Herr Müller gibt zu bedenken, dass die Baracke nicht mehr 3 Jahre haltbar sei.

Frau Dr. Gnadt ergänzt, dass die 300 TEURO nicht für eine Containerlösung reichen. Es müsse für das nächste Schuljahr eine Lösung gefunden werden.

zu 5 **Bericht zum Beginn des Schuljahres 2009/2010 durch das Staatliche Schulamt**

Herr Bogel-Meyhöfer merkt grundsätzlich an, dass das Staatliche Schulamt eine untere Landesbehörde und keine kommunale Behörde sei. Das Schulamt habe die Fachaufsicht über die unterrichtliche Arbeit und die Aufsicht über die Lehrkräfte. Damit sei es gegenüber der Stadtverordnetenversammlung nicht rechen-schaftspflichtig. Da man aber gemeinsame Interessen habe, sei er bereit, Fragen zu beantworten. Wenn man das Staatliche Schulamt jedoch in Arbeitsgruppen einbinden wolle, werde man das nicht realisieren können.

Er macht kurze Ausführungen zum Schuljahresbeginn 2009/2010. In Auswertung des Ü-7 Verfahrens stellt er fest, dass 360 Gymnasialplätze vergeben wurden. Das Angebot entsprach der Nachfrage. Bei Gesamtschulen kamen 433 Plätze auf 600 Bewerber. Die Überhänge sind an Oberschulen untergekommen. Im nächsten Schuljahr werden sich mit dem Gymnasium Babelsberg die Gymnasialplätze um 3 Klassen erhöhen und die Gesamtschulplätze um 4 Klassen verringern, weil die Goethe-Gesamtchule wegfällt.

Es schließen sich weitere Fragen der Ausschussmitglieder an.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich bei Herrn Bogel-Meyhöfer.

zu 6 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung** zu 6.1 **Mehr kommunale Verantwortung für Bildung mit Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion SPD** **Vorlage: 09/SVV/0137**

Frau Drohla gibt einen Rückblick über die bisherige Behandlung der DS 09/SVV/0137. Neben der Erstfassung vom Februar 2009 gibt es den gemeinsamen Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD, welche in der Ausschusssitzung am 23.06.2009 erarbeitet wurde. Inzwischen habe die Auftaktveranstaltung „Lernen vor Ort“ in Berlin stattgefunden, an welcher sie teilgenommen hat. Für das Förderprogramm haben sich 150 Städte und Gemeinden beworben, wovon 40 zugelassen wurden. Im Ergebnis bringt sie folgenden **Antrag – Neue Fassung vom 20.11.2009** ein:

Um in der Landeshauptstadt Potsdam die Bereiche Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu einem eng verknüpften Netzwerk für Bildung zu entwickeln, wird der Oberbürgermeister beauftragt,

- 1. eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Fachbereiches Schule und Sport zu gründen. Die Arbeitsgruppe versteht sich als ein regelmäßig tagendes Gremium und wendet sich zunächst an die Bildungsakteure aus Kita's, Schulen, Jugendeinrichtungen, an Vertreter der Verwaltung, der Staatlichen Behörden und der Politik, um über**

die Entwicklung eines überschaubaren kommunalen Netzwerkes für Bildung, Erziehung und Betreuung zu diskutieren, dessen Teile systematisch aufeinander abgestimmt sind und das erfolgreiche Bildungswege für alle Kinder und Jugendliche der Landeshauptstadt Potsdam ermöglicht.

2. Grundlage der Diskussion sind die Anträge der Fraktionen SPD, und DIE LINKE 09/SVV/0137 sowie die Unterlagen der Bundesinitiative „Lernen vor Ort“. Im Bereich der Schulen sollen u.a. die Erfahrungen Potsdamer Schulen aus den Modellprojekten MOSES und GANS einbezogen werden.
3. Die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe werden im Mai 2010 im Ausschuss für Bildung und Sport und im Jugendhilfeausschuss diskutiert und bilden die Grundlage für ein zu erstellendes kohärentes kommunales Gesamtkonzept „Netzwerk der Landeshauptstadt Potsdam für Bildung, Erziehung und Betreuung“, das auch Positionen der Landeshauptstadt Potsdam gegenüber dem Land Brandenburg beinhaltet.

Frau Drohla erklärt, die Stadtverordneten seien der Meinung, dass sich die Stadt der Verantwortung stellen müsse, ein Netzwerk für Bildung zu entwickeln. Dazu sei die Bildung einer Arbeitsgruppe unter Federführung des Fachbereiches Schule und Sport oder weitergreifend des Geschäftsbereiches 2 nötig. Es seien verschiedene Akteure zusammenzuführen und aus deren Sicht eine Strategie zu entwickeln, wo man hinwolle.

Frau Ewers informiert über Themeninhalte aus der Auftaktveranstaltung „Lernen vor Ort“. Die 40 ausgewählten Städte und Landkreise haben vor der Antragstellung 1 ½ Jahre Vorarbeit hinter sich, die in Potsdam noch fehle. Es stelle sich die Frage, wo das Projekt angesiedelt werden solle. In Offenbach sei es bei der Leiterin der Volkshochschule, in anderen Städten beim Landrat angesiedelt. Ferner seien in den Kommunen Bildungsbüros gegründet und 8 bis 10 neue Mitarbeiter eingestellt worden. Ohne personelle Ressourcen und externe Mitarbeiter und Moderation sei das Projekt nicht umzusetzen.

Frau Dr. Magdowski meint, man könne größere oder kleine Schritte wählen. Die Thematik sei auch im Städte- und Gemeindebund diskutiert worden. Sie reicht eine Übersicht über Beteiligung- und Mitwirkungsmöglichkeiten des Schulträgers in inneren Schulangelegenheiten aus.

Frau Dr. Orlowski spricht sich dafür aus, den Antrag endlich auf den Weg bringen.

Herr Bogel-Meyhöfer erklärt, dass sich das Staatliche Schulamt dazu verständigt habe. Grundsätzlich werde man Mitwirkung dahingehend anbieten, dass man Fragen beantworten werde. Man habe sich aber dagegen ausgesprochen, ein ständiges Mitglied für eine Arbeitsgruppe zu benennen. Wenn etwas anderes vorgesehen sei, müsse es über die Landesebene eingebracht werden.

Frau Drohla bittet, den Antrag auf den Weg zu bringen und in der Haushaltsdiskussion darauf zu achten, für externe Unterstützung Mittel vorzusehen.

Frau Dr. Orlowski lässt den Antrag in der Fassung vom 20.11.2009 abstimmen.

Beschlusstext - Neue Fassung vom 20.11.2009:

Um in der Landeshauptstadt Potsdam die Bereiche Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu einem eng verknüpften Netzwerk für Bildung zu entwickeln, wird der Oberbürgermeister beauftragt,

4. eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Fachbereiches Schule und Sport zu gründen. Die Arbeitsgruppe versteht sich als ein regelmäßig tagendes Gremium und wendet sich zunächst an die Bildungsakteure aus Kita's, Schulen, Jugendeinrichtungen, an Vertreter der Verwaltung, der Staatlichen Behörden und der Politik, um über die Entwicklung eines überschaubaren kommunalen Netzwerkes für Bildung, Erziehung und Betreuung zu diskutieren, dessen Teile systematisch aufeinander abgestimmt sind und das erfolgreiche Bildungswege für alle Kinder und Jugendliche der Landeshauptstadt Potsdam ermöglicht.
5. Grundlage der Diskussion sind die Anträge der Fraktionen SPD, und DIE LINKE 09/SVV/0137 sowie die Unterlagen der Bundesinitiative „Lernen vor Ort“. Im Bereich der Schulen sollen u.a. die Erfahrungen Potsdamer Schulen aus den Modellprojekten MOSES und GANS einbezogen werden.
6. Die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe werden im Mai 2010 im Ausschuss für Bildung und Sport und im Jugendhilfeausschuss diskutiert und bilden die Grundlage für ein zu erstellendes kohärentes kommunales Gesamtkonzept „Netzwerk der Landeshauptstadt Potsdam für Bildung, Erziehung und Betreuung“, das auch Positionen der Landeshauptstadt Potsdam gegenüber dem Land Brandenburg beinhaltet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6	
Ablehnung:	0	
Stimmenthaltung:	0	Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

**zu 6.2 Bildungsbericht
Vorlage: 09/SVV/0715**

Frau Dr. Orlowski lässt den Antrag DS 09/SVV/0715 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3	
Ablehnung:	3	
Stimmenthaltung:	0	Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 6.3 Abschlussbericht zum Monitoring Schulessen
Mitteilungsvorlage: 09/SVV/0995**

Frau Ewers informiert, dass die im Juli 2008 beschlossenen Regelungen für das bezuschusste bzw. in Härtefällen kostenlose Schulessen für bedürftige Schülerinnen und Schüler durch ein Monitoring der AWO, Bezirksverband Potsdam e. V. und der Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin begleitet wurden. Die erste Berichterstattung erfolgte in der SVV am 01.04.2009. Vorausgegangen waren eine anonyme Fragebogenaktion zum Schulessen an den Schulen in der Landeshauptstadt Potsdam sowie die Einrichtung einer Hotline zur anonymen Beratung der Eltern und für das Beschwerdemanagement. Der jetzt von der AWO Bezirksverband Potsdam e. V. und der SPI-Stiftung vorliegende Abschlussbericht

enthält umfangreiche Aussagen zur Bedeutung der Ernährung und gesundheitlichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, zum Zusammenhang zwischen Ernährung und familiärer Armut, zu den Ergebnissen der 2. Elternbefragung, an der 1.703 Eltern von 13.058 Schülern, das sind 13,4 %, teilgenommen haben und zu den Ergebnissen der Schüler- und Catererbefragung sowie entsprechende Schlussfolgerungen. Wesentliche Ergebnisse des Abschlussberichtes sind:

- Das von der Landeshauptstadt Potsdam zum Beginn des Schuljahres 2009/2010 geänderte Erklärungsverfahren vermeidet weitestgehend Stigmatisierung und Diskriminierung.
- Die Landeshauptstadt Potsdam wird verbindliche Qualitätskriterien für eine gesunde Ernährung zum 2. Schulhalbjahr 2009/2010 einführen.
- Die nächste Evaluation zur Qualität des Schulessens soll nach Einführung der Qualitätskriterien zum Schuljahresende im Oktober 2010 erfolgen.
- Die Landeshauptstadt Potsdam wird mit dem Land Verhandlungen aufnehmen, mit dem Ziel, dass das Land die Wichtigkeit der gesunden Ernährung im Zusammenhang mit der Leistungsfähigkeit und dem Bildungserfolg besonders würdigt. Dazu gehört auch die angemessene Beteiligung des Landes an der Finanzierung wie z. B. in Rheinland-Pfalz. Entsprechende Schreiben sind bereits erfolgt.

Die Aufwendungen der Landeshauptstadt Potsdam für das Monitoring zum Schulessen betragen insgesamt in 2008 und 2009 34 TEuro.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Abschlussbericht zum Monitoring Schulessen zur Kenntnis.

zu 7
zu 7.1

Mitteilungen der Verwaltung Information über die Fachtagung "Familienfreundliches Potsdam" am 03.11.2009

Frau Ewers informiert über die Fachtagung Familienfreundliches Potsdam, die in Zusammenarbeit mit PROGNOSE durchgeführt wurde. Der PROGNOSE-Bericht enthält die Aussage, dass Kinder und Jugendarbeit in Sportvereinen der Stadt Potsdam unterdurchschnittlich schlecht ausgeprägt sei. Es sei richtig zu stellen, dass sich die erfassten Zahlen auf die Mitgliedschaft in Sportvereinen aus den Jahren 2005/2006 beziehen. Die Entwicklung in den Folgejahren stelle sich anders dar.

Frau Dr. Orlowski bittet die vorgetragenen Informationen schriftlich an die Ausschussmitglieder auszureichen.

Herr Gohlke verweist auf den Umstand, dass es Vereine gebe, die aufgrund der Sportstätten-situation keine Mitglieder aufnehmen könnten. Hier bestehe Handlungsbedarf.

Frau Ewers verweist auf die vielen Angebote im Rahmen der Ganztagsbetreuung der Schulen.

Herr Menzel meint, es gebe gute Kooperationsverträge zwischen Schulen und Sportvereinen. Aus der Elternschaft kämen aber Fragen, was an Schule gelebt werde. Man solle die Schulen bitten, zuzuarbeiten, was im Rahmen Ganztags aufgeschrieben sei und was wirklich gelebt werde.

Frau Dr. Orlowski bietet Herrn Menzel an, sich unter www.bildung-brandenburg.de/schulportraits zu informieren. **Sie schlägt vor, den Vorschlag**

von Herr Gohlke aufzugreifen und in einer der nächsten Sitzungen einen entsprechenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

zu 8
zu 8.1

Sonstiges

Trainingsmöglichkeiten Potsdamer Kickers 94 e. V.

Brief des Entwicklungsträgers Bornstedter Feld von 15.10.2009

Frau Dr. Orlowski verweist auf TOP 10 der Ausschusssitzung vom 27.10.2009. Es sei zu entscheiden, ob die Potsdamer Kickers e. V. eine ermäßigte Jahreskarte erwerben sollen oder das Training kostenfrei sein solle.

Frau Ewers verweist auf den Prüfauftrag aus der SVV bezüglich DS 09/SVV/0767. Im Antwortschreiben des Entwicklungsträgers Bornstedter Feld vom 15.10.2009 werde darauf verwiesen, dass den Potsdamer Kickers e. V. eine stark ermäßigte Jahreskarte angeboten wurde. Der Prüfauftrag sei durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 8.2

Konzept Minifußballfelder unter Berücksichtigung der Ortsbeiratsbeschlüsse

09/SVV/0840

Frau Dr. Orlowski verweist darauf, dass die Frist für die Beantragung von Fördergeldern beim Fußball-Landesverband Brandenburg am Montag, den 30.11.2009 auslaufe, deshalb habe sie darum gebeten, den Punkt noch einmal auf die Tagesordnung zu nehmen. Der Sachverhalt wurde in der Sitzung am 27.10.2009 unter TOP 3 behandelt, basierend auf einem Antrag der Stadtverordnetenversammlung. Mit der Niederschrift der Sitzung wurde den Ausschussmitgliedern die Übersicht zur Bedarfsanalyse Mini-Fußballfelder in Potsdam ausgereicht. Für die danach verbleiben Standorte, sollten vorsorglich beim Landesfußballverband Mittel beantragt werden.

Frau Ewers informiert, dass der FV Turbine Potsdam einen Antrag stellen wolle. Der ESV Lok Potsdam nutzt kein städtisches Grundstück, insofern könne die Stadt nur beratend wirken. Bewerben werden sich die Vereine, insofern könne die Landeshauptstadt Potsdam keine Antragsunterlagen vorlegen. Die Stadt könne durch Beratung und baurechtliche Betreuung unterstützen.

Im Ergebnis der Diskussion einigen sich die Ausschussmitglieder auf folgende **Empfehlung:**

Der Ausschusses für Bildung und Sport fordert die Stadt auf, die Bewerbung der Vereine FV Turbine Potsdam, ESV Lok Potsdam, FSV Babelsberg 74 und Ortsbeirat Fahrland beim Landesfußballverband (Frist 30.11.2009) zu unterstützen bzw. wenn es sich bei den genannten Standorten um Grundstücke der Stadt Potsdam handelt, die Anträge beim Fußball-Landesverband als Landeshauptstadt Potsdam selbst zu stellen.

Frau Orlowski habe gehört, dass Papierhandtücher und Desinfektionsmittel an Schulen nicht ausgereicht werden, weil dies nicht den geltenden Brandschutzbestimmungen entspreche. Sie möchte wissen, ob das so sei.

Frau Dr. Gnadt erklärt, dass die Schule diese Dinge bezahlen solle.

Frau Ewers sagt zu, dass es hierzu eine Prüfung geben werde.

Frau Drohla verweist auf einen Artikel der PNN vom 18.11.2009, wonach eine

private Gesamtschule eröffnet werden solle. Sie sei erschrocken, weil die Stadt gerade ein Gesamtschule schließe. Das Staatliche Schulamt müsse die Qualität der Schulen in freier Trägerschaft kontrollieren.

Frau Dr. Magdowski schlägt vor, einen Tagesordnungspunkt „Schulen in freier Trägerschaft“ für die nächste Sitzung vorzusehen.

Dr. Manja Orlowski
Stellv. Ausschussvorsitzende

Gudrun Wildgrube
Ausschussbetreuerin